

Bezugspreis: Vierteljahr 3.00 - 3.00 monat 1.00 - 1.00...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abendseitigen Anzeigen...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 22. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Minister der Rechten.

Stegerwalds Programmrede.

Die Programmrede, die Herr Stegerwald unter dem starken Beifall der Rechten...

Es fehlte der Rede jeder entschiedene demokratische und republikanische Unterton...

Die sachliche Inhaltlosigkeit seines Programms suchte Herr Stegerwald hinter starken nationalen Tönen zu maskieren...

Mitunter noch es sogar brenzlich: so als Herr Stegerwald statt eines sozialpolitischen Programms den Kampf gegen Bücherer und Schieber ankündigte...

Nun, solange es der Rechten gefällt. Bei seiner heutigen Erklärung genoss Stegerwald volle Gunst und vollen Beifall der Deutschnationalen...

Die heutige Landtagsführung, die um 10 Uhr vormittags vom Präsidenten Seiner eröffnet wird, leitet

Ministerpräsident Stegerwald

mit folgender Programmrede ein:

Meine Damen und Herren! Sie haben mich gestern zum zweiten Male zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt...

- Fischbeil (Handel), Dominicus (Inneres), Becker (Kultur), Warmbach (Landwirtschaft), Sämisch (Finanzen), Am Jahn (Justiz).

Ich selbst gedenke das Ministerium für Volkswohlfahrt, das ich schon die letzten zwei Jahre verwaltete, neben dem Ministerpräsidenten beizubehalten...

Harding will nicht Schiedsrichter sein.

New York, 22. April. (Europa Press.) Das Staatsdepartement veröffentlicht heute die Antwort auf den deutschen Appell.

Die amerikanische Regierung kann sich nicht entschließen, über die Frage der Wiedergutmachung, wobei sie als Schiedsrichter aufzutreten hätte, zu verhandeln.

Wie das Berliner Bureau der United Telegraph Co. mitteilt, ist diese Antwortnote der Vereinigten Staaten heute früh dem Auswärtigen Amt überreicht worden.

Es wurde heute morgen an dieser Stelle als eine Selbstverständlichkeit davon gesprochen, daß die Reichsregierung sich im voraus dessen vergewissert haben dürfte...

Das Programm meines Ministeriums muß der gegenwärtigen Lage angepaßt sein.

Das Gebiet der inneren Politik

Anlangt, so steht die Regierung einmütig auf dem Boden der Reichs- und preussischen Verfassung.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande bedarf es in der gegenwärtigen Zeit einer züchtlischen Führung der inneren Verwaltung, die sich nicht bloß auf die unbedingt leistungsfähig zu haltenden staatlichen Wirtschaftsmittel mit Nachdruck stützt...

Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung läßt sich nur dann durchführen, wenn

die Rechtspflege Preussens

nom Vertrauen der Volksgemeinschaft getragen wird. (Stürmisches Geschick links.)

Handel und Gewerbe sind durch die von unseren bisherigen Feinden geplanten Wirtschaftsmassnahmen bedroht.

Die Ernährung der Bevölkerung

wird unter allen Umständen sichergestellt bleiben. Die Regierung wird daher die landwirtschaftliche Erzeugung mit allen Kräften fördern.

hätten vielleicht das hartnäckige olympische Schmelzen unserer amtlichen Stellen gegenüber der deutschen Delegation...

Indessen läßt die Erwiderung des amerikanischen Staatsdepartements noch immer einen Ausweg offen, denn der Präsident hat sich bereit erklärt, neue, konkrete deutsche Gegenanschläge den Alliierten zu übermitteln.

Der Vorkommensauschuß des Reichstags tritt heute vor dem Beginn der Plenarsitzung zusammen.

entgegenstehenden Widerstände werden um so leichter zu überwinden sein, wenn es der Regierung gelingt, die beteiligten Kreise durch die Art ihres Vorgehens davon zu überzeugen...

Förderung jeder rechtschaffenen Arbeit in Stadt und Land wird Pflicht der Regierung sein.

Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

wird sie durch verständnisvolles Eingehen auf die bedauerliche Lebensnotwendigkeit zu erreichen suchen.

Die materielle Not der Zeit erfordert eine bewusste Pflege unserer idealen Güter durch den Staat bei voller Würdigung der natürlichen Schranken jeder Staatsleitung...

Kulturpolitik

sein, durch Stärkung des nationalen und sozialen Verantwortlichkeitsgefühls dem Volke ganz über den Konfessionen und Parteien hinweg das Bewußtsein seiner nationalen und kulturellen Einheit zu erhalten und zu stärken.

Die Ausführung der Reichsverfassung wird

das Verhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften neu zu regeln sein.

machungen mit dem heiligen Stuhl den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen.

Die überaus

Schwierige Lage der preussischen Staatsfinanzen

ist bekannt. Sie erfordert äußerste Sparsamkeit, möglichst Vereinfachung der staatlichen Verwaltung und Beseitigung aller Zweige, sowie allmähliche Einschränkung des Beamtenpersonals durch zeitgemäße Reformen der Behörden. Der in der Verfassung aufgestellte Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ muß der alles bestimmende Gesichtspunkt sein. Zur Durchführung dieses Grundsatzes wird sich auch der pflegliche Ausbau der Steuern nicht vermeiden lassen; ihre Art ist durch die vom Reich erlassene Finanzreform vorgezeichnet. Unter diesen Verhältnissen wird das neue Haushaltsgesetz für 1921 in Ihren Beratungen eine besonders hervorragende und entscheidende Rolle zu spielen haben. Der Entwurf eines solchen wird so rasch, als das nur irgend möglich ist, Ihnen vorgelegt werden. Alle Vorarbeiten dazu sind bereits von der früheren Regierung getroffen worden.

Eine der allerersten Aufgaben des Staatsministeriums wird es sein, den durch die neue Verfassung geschaffenen Staatsrat in kürzester Frist ins Leben und in Arbeit treten zu lassen. Die neue Regierung gibt sich der Hoffnung hin und spricht den Wunsch aus, daß die Zusammenarbeit zwischen Staatsministerium, Landtag und Staatsrat stets dem Vaterlande zum Heile gereichen möge.

Seit der Revolution ist die Frage des

Verhältnisses zwischen Reich und Preußen

in der Öffentlichkeit sowohl wie in der Verwaltungsarbeit niemals zur Ruhe gekommen. Die Regierung wird sich die Pflege denkbar bester Beziehungen zum Reich eifrigst angelegen sein lassen. Sie weiß sich frei von allen partikularistischen Tendenzen. Aus der unitarischen Grundlage der Weimarer Verfassung ergeben sich aber Probleme, die um so vorsichtiger behandelt werden müssen, als eine etwaige Um- und Neugestaltung der deutschen Länder nicht allein unter innen, sondern auch und hauptsächlich unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden muß. Jedenfalls tritt zurzeit die Frage der Reugliederung des Reichs zurück hinter dem Erfordernis unbedingter Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Lande, die neben dem Verbleib Oberschlesiens die wichtigste Voraussetzung auch für die Erfüllung der Leistungen aus dem Friedensverträge ist. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Oberschlesien

hat sich mit großer Mehrheit dafür entschieden, bei Deutschland zu verbleiben. Namens der Regierung danke ich den Oberschlesier für alle Hingebung und Aufopferung, mit der sie den schweren Kampf um den Verbleib ihrer schönen Provinz bei Deutschland geführt haben. Soll das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Versailler Vertrag nicht zum Geißel der Welt werden, so ist über das Schicksal Oberschlesiens zugunsten Deutschlands entschieden. Nach dem Reichsgesetz vom 21. November 1920 hat Oberschlesien nunmehr darüber zu befinden, ob es ein selbständiges Land im Rahmen des Deutschen Reichs werden oder dem preussischen Staatsverband weiter zu gehörig bleiben will. Für den letzteren Fall ist die preussische Regierung ernstlich und aufrichtig gewillt, den eigenartigen Verhältnissen in Oberschlesien, die insbesondere auch auf sprachlichem Gebiete liegen, verständnisvoll Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Nach Abbruch der Verhandlungen in London haben unsere ehemaligen Feinde die von ihnen angeforderten sogenannten

Sanktionen

zur Durchführung gebracht. Unter Verletzung des Vertrags von Versailles ist weiteres preussisches Gebiet besetzt und eine neue Zollgrenze geschaffen worden. Weitere schwerste Gewaltmaßnahmen werden angeordnet für den Fall, daß Deutschland sich bis zum 1. Mai nicht dem Diktat der Entente unterwirft. Die sogenannten Sanktionen und die angeordneten neuen Gewaltmaßnahmen bringen die Bewohner der besetzten Rheinlande in schwere seelische und materielle Bedrängnis. Über gerade in den Stunden der höchsten Not hat sich die deutsche Treue zum angestammten Vaterlande stets am standhaftesten gezeigt. Darum haben auch im Rheinland die Maßnahmen der Entente bisher nicht das durch sie erstrebte Ziel erreicht und werden es auch nicht erreichen. Vielmehr wiederholen sich bei den Bewohnern der Rheinlande immer zahlreichere Rundgebungen und Beweise der Liebe und Anhänglichkeit zum deutschen Vaterlande. Diese Rundgebungen bieten der Staatsregierung die Gewähr dafür, daß die Rheinlande alle Prüfungen, die ihnen auferlegt werden, bestehen werden. Hand in Hand mit der Reichsregierung und dem gesamten deutschen Volke wird die Staatsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln dafür Sorge tragen, daß dem heimgelochten Gebiet soviel als mög-

lich geholfen und daß die erlittenen Verluste möglichst ausgeglichen werden.

Im übrigen liegt die Führung der Außenpolitik

dem Reich ob. Als größtes deutsches Land hat aber Preußen die doppelte Pflicht, die Reichsregierung in ihrer schwierigen Lage nach Kräften zu unterstützen, um so mehr, als Preußen durch den Versailler Vertrag am schwersten von allen deutschen Ländern betroffen ist. Wenn wir auch dringend wünschen, daß eine Verständigung mit unseren Gegnern erzielt wird, so müssen wir doch auch an dieser Stelle nochmals ausdrücklich und feierlich aussprechen, daß sich die Vereinbarungen, für die die deutsche Unter-schrift gefordert wird, im Rahmen der Leistungsmöglichkeit der deutschen Wirtschaft halten müssen.

Die derzeitige außenpolitische Lage vergegenwärtigt uns den ganzen schweren Ernst des Augenblicks. Seit dem Dreißigjährigen Kriege ist das Schicksal des deutschen Volkes nicht so bedroht gewesen wie jetzt. Es aus dieser furchtbaren Lage zu befreien, wird nur möglich sein, wenn der Wille des gesamten Volkes sich kraftvoll darauf richtet, sich nicht durch inneren Parteihaß zermürben zu lassen, sondern einmütig zusammenzustehen, mit dem festen Entschluß, den Friedensvertrag zwar nach Möglichkeit zu erfüllen, sich aber als Nation nicht vernichten, nicht verfluchen zu lassen. In diesem Sinne wird das Ministerium, getragen von der heiligen Pflicht, die Volksgemeinschaft nicht im Stich zu lassen, die Geschäfte nach bestem Wissen und Gewissen führen und das entwickelte Programm zur Tat machen. (Beifall rechts und in der Mitte, Jischen links.)

Die Besprechung der Ministerrede wird auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

Landtag und Regierung in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Im Freistaat Sachsen besteht seit den letzten Landtagswahlen eine sozialistische Regierung, die sich aus drei unabhängigen und vier sozialdemokratischen Vertretern zusammensetzt, im Landtage aber nur dann eine Mehrheit hat, wenn die neun Kommunisten mit den beiden sozialistischen Fraktionen stimmen; aber auch da besteht nur ein Uebergewicht von zwei Stimmen gegen die bürgerliche Koalition. Es ist daher auch bei wichtigen Entscheidungen schon vorgekommen, daß infolge Fehlens sozialdemokratischer Vertreter die bürgerlichen Vertreter die Mehrheit behielten.

Schon infolge dieser Vorgänge war in einem Teile der sächsischen Parteipresse die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine Verbreiterung der Basis für die Regierungsmehrheit versucht werden müsse, die natürlich nur nach rechts hin möglich gewesen wäre, etwa durch Hinzuziehung der acht Demokraten. Auf diese neue Frage durch die Kommunistenpuische in Mitteldeutschland in Fluß, die auch in Sachsen gewisse Auswüchse zeitigten, insbesondere auch dadurch, daß sich kommunistische Landtagsabgeordnete als kruppellose Ausputzler aufgeführt hatten. Die sozialdemokratischen Vertreter haben daraufhin im Landtage durch den Genossen Wirt erklärt, daß sie keinerlei Gemeinschaft mit den kommunistischen Verbrechern hätten und den Zutritt auf das schärfste geheißen, gleichzeitig wurde aber auch behauptet, daß man die kommunistischen Vertreter nicht hindern könne, weiterhin für sozialdemokratische Anträge oder Regierungsvorlagen zu stimmen, aber irgendwelche Verhandlungen deswegen mit den Kommunisten von den Sozialdemokraten nicht geführt werden würden.

Man überließ es aber den Kommunisten nach wie vor, ihr Verhalten zur Regierung nach Belieben einzurichten, lehnte aber jedes gemeinsame Arbeiten mit ihnen ab. Der Versuch, eine neue Basis für die Regierung im Landtag zu schaffen, ist nicht gemacht worden, er wäre auch aussichtslos gewesen, nachdem die Demokraten offenbar hätten, keine Neigung zu haben, an die Stelle der Kommunisten in einer Regierungsmehrheit zu treten. Eine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei ist aber auch in Sachsen zurzeit so gut wie ausgeschlossen.

So blieb der Zustand, daß die Regierung auf eine parlamentarische Stütze angewiesen ist, die sich nur dann als ausreichend erweist, wenn sämtliche Kommunisten für ihre Vorlagen stimmen, oft aber auch wegen Behinderung mehrerer Abgeordneter versagt. Erst kürzlich ist insoweit ein Amnestiegesetz und ein Antrag wegen Anstellung von Arbeiterkontrollleuten abge-

lehnt worden, weil die bürgerlichen Vertreter in der Mehrheit waren.

Die sozialistische Regierung befindet sich unter solchen Umständen in keiner günstigen Lage, ja sie kann durch jede wichtige Abstimmung in eine Krise gestürzt werden. — Dieser Lage waren die Schwierigkeiten durch den Rücktritt des Justizministers Genossen Dr. Harnisch noch vermehrt worden, der wegen angegriffener Gesundheit, aber auch wegen der unbefriedigenden Vorgänge im Landtage erfolgte. Außerdem hatte auch der Wirtschaftsminister Schwarz wegen schwerer tuberkulöser Erkrankung sein Abschiedsgesuch eingereicht. Etwas kritisch wurde die Lage dadurch, daß es schwer schien, für die Leitung im Justizministerium einen geeigneten Genossen zu gewinnen. Inzwischen hat sich jedoch die Lage etwas günstiger gestaltet. Genosse Dr. Harnisch hat bei weiteren Verhandlungen in Aussicht gestellt, vorläufig noch zu bleiben, und die Leitung des Wirtschaftsministeriums wird dem Genossen Fellisch-Chernik übertragen werden.

Auf diese Weise wurde die Regierung wieder vollständig; jeder begründet ist sie aber im Landtage noch keineswegs. Lediglich diesem Umstand ist der Vorstoß der bürgerlichen Parteien zu danken, von dem wir berichteten. Sie wollen jedem einzelnen Minister das Gehalt verweigern und so die Regierung stützen.

Das große Reinemachen.

In der „Bereinigten“ kommunistischen Partei gehen der Hinauswurf und die Opposition lustig weiter. Nachdem die Zentrale die Abg. Broß, Däumig, Edardt, Kurt Geier, Adolf Hoffmann, Malzahn und Jeklin aufgefördert hat, die Ausübung ihres Mandates einzustellen, erhebt heute ein anderer Teil der Reichstagsfraktion gegen diese Maßregelung scharfsten Protest. Es sind das die Abg. Borch, Berthels, Düwell, Fries, Fritz Geier, Hendemann, Herzfeld, Kleiner, Teuber und Frau Wackwitz. Sie erklären, daß die Zentrale ihre Verfügung getroffen habe, ohne die Parlamentsfraktion anzuhören, und beabsichtige, das Wirken der Abgeordneten in den Vollzügen des Parlaments, in seinen Kommissionen und in den Fraktionsführungen unmöglich zu machen. Zweck der Maßregelung sei offenbar die politische Entthronung führender Genossen, welche die Politik der Zentrale in schärfster Weise mißbilligen. Die Wirkung sei die Unterbindung der Diskussion über die Haltung der Zentrale in einer grundlegenden Frage, von deren Klärung die Zukunft der Partei abhängt. Die Unterzeichner verurteilen das parteizerrüttende Vorgehen der Zentrale, das die Kraft der revolutionären Vorhut verleihe.

Nachdem diese Abgeordneten sich den Gemessenen angeschlossen haben, stehen von der kleinen kommunistischen Fraktion bereits 18 in Opposition gegen die Zentrale. Der Abg. Reich-Hamburg ist inzwischen von seinem Bezirk aus der Partei ausgeschlossen. Er ist also der Reuzgenosse! Die kommunistische Fraktion wird also in Zukunft wahrscheinlich nur noch aus drei oder vier ragenden Säulen bestehen, und zwar, soweit man das Schicksal überblicken kann, aus Könen, Stöder, Hüllein und höchstens noch einigen Versprengten. Wie lange sie noch in der Partei geduldet werden, ist eine andere Frage.

Nach den Vorschriften der Moskauer 21 Punkte läßt die im Hinauswerfen so forsche Zentrale auch in diesen Parteienblätter, die mit ihr nicht einverstanden sind, kommissarische Redakteure einrücken, um die Haltung der Presse zu uniformieren. So soll der Abg. Hüllein als kommissarischer Chefredakteur des „Holländischen Kampfes“ auftreten, weil man fürchtet, daß dieses Blatt, sobald sein Wiedererscheinen erlaubt wird, gegen die Zentrale Stellung nehmen würde.

Anna Geier, die bisher den „kommunistischen Zeitungsdienst“ leitete, teilt mit, daß sie auf Beschluß der Zentrale am 11. April ihre Tätigkeit habe einstellen müssen. Klara Jeklin hat dem Reichstagspräsidenten inzwischen wie Leo erklärt, daß sie ihre Mandatsvollmacht zur Mandatsniederlegung für nichtig erkläre. Auch der ausgeschlossene Reich behält sein Mandat inne und kümmert sich nicht um die Vorschriften der Zentrale. Daß der Abg. Teuber seinen Austritt aus der Fraktion erklärt hat, haben wir bereits mitgeteilt.

Im Ganzen zeigt die „Bereinigten“ KPD. ein Musterbild von wildester Unordnung. Sie, die die eiserne Disziplin

„Dienstboten“.

Sie sind so eifrig, meine Damen, wozu ist die Rede? — Von den Dienstboten? Keine Damen, auch ich pflege mich zu empfehlen, wenn die Damen ihrem Herzen Luft machen und über die Dienstmädchen schimpfen. Aber ich bin heute besonders gut aufgeleitet — ich fürchte, Sie werden sagen, besonders schlecht — gestatten Sie, daß ich bei Ihnen Platz nehme und mich an der Unterhaltung beteilige.

Bedenken Sie, bitte, das Los des Dienstmädchens... Keine schwere Arbeit? Wer von Ihnen hat schon einmal den Rüsselimer in den Hof getragen? Wer hat schon einmal Rohke oder Holz aus dem Keller geholt? Das WC gereinigt? Fremde Betten gemacht? Fremde Stiefel gepußt?

Wenn sich zwischen Ihnen und dem Dienstmädchen eine Kluft aufstaut, so weit, daß Sie den berechtigten Forderungen des Dienstmädchens nicht verstehen, dann ist die Arbeit der Dienstboten erniedrigend. Bewußt, dienen, das ist keine Erniedrigung. Wenn Sie Ihre eigenen Schuhe putzen, die Ihres Mannes, Ihrer Kinder, dann ist das etwas anderes, als wenn Sie die Schuhe von Fremden putzen, ohne daß man Ihre Arbeit würdigt.

Entweder Sie sind der Freund Ihres Dienstmädchens oder Sie sind sein Feind. Ein neutrales Verhältnis gibt es nicht. Leistung und Gegenleistung, meine Damen, gibt es hier nicht. Der Vater streicht Ihre Decke und Sie bezahlen ihm dafür. Das ist Leistung und Gegenleistung. Wenn aber jemand in Ihrem Leben aufgehen soll, in der Straße beim Aufstehen an Ihre Röcke, Ihre Kleider, Ihre Kinder denken soll, den Tag über für Sie kochen, für Sie heißen, für Sie auf den Markt gehen, Ihre Gesellschaften bedienen, Ihre Strümpfe stopfen, Ihre Wäsche waschen soll, dann ist es nicht genug, wenn Sie ihm hundert Mark im Monat bezahlen und ihm reichlich zu essen geben. Soll er das alles gerne machen, dann dürfen Sie nicht von Leistung und Gegenleistung sprechen, dann müssen Sie ihn auch teilnehmen lassen an Ihrem Leben.

Sehen Sie in dem Mädchen ein Wesen mit Seele, genau so geartet wie Sie, nur in viel ungünstigerer wirtschaftlicher Lage. Sprechen Sie mit ihm dementsprechend. Dann nehmen Sie viel mehr von der Erniedrigung und Sie werden den Haß und den Ekel des Dienstmädchens langsam töten.

Bedenken Sie, bitte, daß Sie stöhnen und jammern, wenn Sie selbst ein paar Stunden lang in der Stadt herumlaufen müssen, Einkäufe machen, daß Sie tommüde sind, wenn Sie einen einzigen Vormittag das Haus selbst befragen, den Tisch selbst decken, selbst kochen. Das Aufwischen der Treppe haben Sie dann wahrscheinlich auf den nächsten Tag verschoben. Sprechen Sie also nicht mehr von der „wenigen Arbeit“ des Mädchens und verstehen Sie es, daß Ihre Hausgenossen, die viele Stunden im Tag für Sie arbeiten, manchmal bitter wird. Sie ist auch nur ein Mensch.

Ich möchte, daß unsere Damen einen Monat lang Dienstmädchen spielen müßten, bevor sie sich Dienstmädchen halten dürfen.

Werden Sie getroffen ein bißchen „vertraulich“ mit Ihrem Mädchen. Wenn die Freundin es auch für ordinär hält, Ihre Seele leidet sicherlich keinen Schaden darunter. Roy Wagner.

Wettrennen mit wilden Tieren. Amerika, dessen Natur so viele Möglichkeiten für Forschungen und Versuche bietet, hat auch einen eigenartigen Rennplatz aufzuweisen, auf dem die Schnelligkeit der wilden Tiere erprobt wird. Dieser „Rennplatz“ liegt in Utah und ist ein großes ganz ebenes Gelände, auf dem ein Automobil einem rennenden wilden Tier bequem folgen kann. Ueber die hier gemachten Beobachtungen berichtet ein Aufsatz in der Zeitschrift „Everday Science“. Ein Elch stellte eine gute Leistung auf, indem er für die ersten fünf Kilometer eine Schnelligkeit von 80 Kilometer in der Stunde entwickelte, aber dann fiel er rasch ab und zeigte nur noch eine Schnelligkeit von 45 Kilometer in der Stunde. Ein Präriewolf wies zunächst eine Schnelligkeit von 60 Kilometer in der Stunde auf und fiel dann in eine Schnelligkeit von 50 Kilometer. Eine andere Art des Steppenwolves, der Kojote, der aufgesetzt wurde, legte zunächst 4 Kilometer mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometer in der Stunde zurück; dann entwickelte er eine Schnelligkeit von 49 Kilometer in der Stunde und hielt diese mit großer Fähigkeit längere Zeit durch. Die Schnelligkeit des Vogels wurde mit Hilfe eines Flugzeugs erprobt, indem das Flugzeug mit dem Vogel einen Wettflug unternahm. Eine wilde Ente flog 80 Kilometer in der Stunde mit dem Vogel, und unter denselben Bedingungen legte ein amerikanischer Adler 72 Kilometer in der Stunde zurück. Der „Champion“ dieser eigenartigen Wettrennen auf dem Rennplatz in Utah war aber die Antilope; sie brachte es für die ersten 4 Kilometer auf eine Schnelligkeit von 88 Kilometer in der Stunde.

Japan als Vorbild. In einem schon erschienenen Buch „Japanische Eindrücke“ schildert der französische Professor Couquod japanisches Leben und behauptet, daß es gar manche Dinge gäbe, die der moderne Europäer von dem heutigen Japaner lernen könne. „Von seinen frühesten Schaltungen an“ schreibt er, „wird das japanische Kind zur Beherrschung und Disziplinierung seines Körpers erzogen, und diese „Körperpflege“ umfaßt ebenjotig peinliche Sauberkeit wie strengste Selbstdisziplinierung. Obwohl die japanische Gedankenwelt kaum etwas Ähnliches wie unseren Sündenbegriff hat und über Vielweiberei, Ehebruch und Eheduldung keine Gesetze bestehen, so sind doch die Lebensgewohnheiten des japanischen Volkes äußerst moralisch und das Familienleben beruht auf einer soliden Basis, die in Europa mehr und mehr verloren geht. Japanische Kunst verbreitet auch in einer freieren und schöneren Form als die europäische das allgemeine Verständnis für Schönheit und Lebensfreude.“

Politik und Kopfbedeckung. Die Anhänger Mustafa Kemal's, die türkischen Nationalisten, die sich in Kleinasien ein selbständiges Reich gegründet haben, machen mit ihrem Kopfschleier Konstantinopel nun wirklich ernst. Das kemalistische Parlament,

das in der Hauptstadt des neuen Reiches Ankara tagt, hat ein Gesetz erlassen durch das der Fez abgeschafft wird. Mit der Beseitigung dieser nationalen Kopfbedeckung soll auch äußerlich die Trennung von der türkischen Vergangenheit zum Ausdruck gebracht werden. An der Stelle des Fez wird eine schwarze Kütie aus Astrachan vorgeschrieben, die höher ist als der Fez und die eigenartige Fieder des Fez, die Troddel, nicht aufweist. An dem Aufstieg der Türkei kann es demnach nicht mehr fehlen.

Tollkühnheit einer Ägypterin. Eine Verfeinerung nicht alltäglicher Gegenstände, so meldet eine Korrespondenz, wird im Juni bei Sotheby in London stattfinden. Es handelt sich dabei um den Verkauf der Sammlung ägyptischer und orientalischer Kuriositäten, die der verstorbenen Lord Amherst mit großem Fleiß zusammengetragen hatte. Die Sammlung enthält hunderte von Skarabäen und anderen heiligen Tieren; auch findet man eine Grabschrift einer Frau in Mumienform, die aus Sphorenholz angefertigt und reich bemalt ist. Der Katalog verzeichnet neben mumifizierten Vögeln, Fischen und Käsen weiterhin eine Reihe von Gegenständen, die vor mehreren tausend Jahren auf dem Totfeldentisch einer Ägypterin gefunden haben. Darunter befindet sich ein „hölzerner Tollkühnheit mit fünf Fächern und zwei hölzernen Röhren, zwei bemalten Stützen aus Basalt und ein „Ballette aus Mahagoni zum Tollkühnheitgebrauch“ sowie ein schwerer Bronzespiegel und — ein Rasiermesser aus Bronze!

Kühnheit für eine Frau! Der Krieg ist an den innerafrikanischen Verhältnissen nicht spurlos vorübergegangen, und auch dort herrscht Teuerung in den wichtigsten Dingen. Wie Lord Devoor jüngst in einem Vortrage mitteilte, sind die Preise für Frauen im dunkeln Erdteil auf das Doppelte gestiegen. Während vor dem Kriege eine Frau vier Kütie kostete, so muß man jetzt acht Kütie anlegen, um sich ein Eheweib zu erringen. Die Eingeborenen verkaufen daher ihre Kütie auch nicht mehr an die Fremden, weil sie zu wichtigeren Dingen brauchen...

Große Volkoper. An der für Dienstag von der Großen Volkoper im Kolosseum angelegten (schonigen) Aufführung von „Die Cenerentola“ singt Frau Kammerkammerin Marcella Rösler die Titelpartie und Cornelia Bronckee den Scamllo.

Russischer Tanzabend. Am Sonnabend, 30. April, abds. 7,8 Uhr, veranstaltet im Blüthen-Saal Ratarina Tjutikowa (vom ehemaligen Kaiserlichen Ballet in Petersburg) unter Mitwirkung von Olga S. Seebin (Tanzkoper) einen Tanzabend, der speziell russische und russische Charaktertänze enthält.

Karl Brägers Roman „Der Held im Schatten“ ist ins Schwedische über- und erscheint jetzt in schwedischen Arbeiterblättern.

Die jüdische Universität in Jerusalem. deren Programm sehr anregend ist, erklärt lebhaft Unterstützung durch die 5000 in New York lebenden jüdischen Kerze. Sie wollen, angeleitet durch Professor Einstein, 1 Million Dollar dafür aufbringen.

Die Einwohnerzahl von Paris. Als erstes Resultat der jüngsten französischen Volkszählung wird die Einwohnerzahl von Paris bekannt gegeben. Sie beträgt 2.883.741 Seelen. Das sind nur 16.812 Personen mehr als im Jahre 1911. Die Zählungen wendeten sich darüber, daß diese 16.000 Menschen die große Wohnungskrise hervorzurufen sollen.

zum Lebensprinzip erklärt hat, sieht alle ihre Führer davonlaufen. Und die Arbeiter, die sich für Kommunisten halten, sehen sich dem blutrünstigsten Phrosentum und der unheilvollen Tätigkeit von Lockspäheln ausgeführt, zu der die „illegale“ Organisation geradezu anreizt. Diejenigen, die noch in der Partei bleiben, überbieten sich inzwischen in — Resolutionen, in denen sie die „Fortführung der Aktionen“ fordern, die in Mitteldeutschland so verbrocherisch eingeleitet wurden und so schmachvoll geendet sind.

Die Regierungsbildung in Mecklenburg.

Schwerin, 22. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Mecklenburgische Landtag hat gestern die letzten Ministerposten besetzt. Ministerpräsident ist Genosse Stelling; zum Kultusminister wurde Dr. Reincke-Bloch (D. Sp.) gewählt. Für den Finanzminister Peterson (Soz.), der inzwischen, wie von uns bereits mitgeteilt, einen Bürgermeisterposten in Lohse angenommen hatte, wurde der frühere Finanzminister Genosse Ulich mit 47 Stimmen gewählt. Den Posten des Landwirtschaftsministers erhielt bei der gestrigen Wahl mit 45 Stimmen der Kandidat des Dorfbundes Erbpächter Schulz aus Heithof. Das Justizministerium hat Dr. Brückner (Dem.) inne.

Harte Urteile von Sondergerichten.

Halberstadt, 22. April. Das Sondergericht in Halberstadt fällt nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gegen eine Reihe Kommunisten wegen Beteiligung an dem Dynamitkauf auf dem Schacht Braunesump bei Blankenburg während der Märzunruhen. Es erhielten wegen schweren Raubes und Verbrechens gegen §§ 5 und 7 des Sprengstoffgesetzes der Angeklagte Mayer aus Wahrenleben 10 1/2 Jahre Zuchthaus, 6 Angeklagte je 5 Jahre, 3 Angeklagte je 3 Jahre, 4 Angeklagte je 2 1/2 Jahre, 1 Angeklagter 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 3 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 3 Jahren bis 3 Monaten.

Reaktionäre Hoffnungen.

Gegenwärtig wird in Gmunden eine Verlegung des gesamten Hofstaates nach Schloss Blankenburg a. S. ernstlich in Erwägung gezogen. Man hegt in dem ehemaligen Herzogshaus nahegelegenen Kreisen die Hoffnung, daß spätestens im Juni d. Jahres im Freistaat Braunschweig Landtagswahlen sein werden und hält es für nicht ausgeschlossen, daß dann eine bürgerliche Mehrheit in den Braunschweigischen Landtag einziehen wird. Für diesen Fall hat der Führer des Landeswahlverbandes, Herr Senatspräsident Hampe, bereits die restlose Erfüllung der Herzogsforderungen (die sich bekanntlich auf 250 Millionen Mark belaufen. Red.) zugesagt. Einen Punkt dieser Forderungen bildete auch die Ueberlassung des Schlosses Blankenburg nebst allen Hofstaatgebäuden.

Nach unseren Informationen dürfte sich der hohe Herr nebst seinen Ratgebern ebenso getäuscht haben, wie neulich sein freundlicher Vetter Karl von Habsburg. Die Meldung zeigt aber, wie gegenwärtig selbst in Braunschweig die Reaktion ihr Haupt erhebt.

Plesch, Rybnitz, Tarnowitz für Polen!

London, 22. April. (W.T.B.) Der Berichterstatter der „Times“ in Warschau erzählt, daß die Interalliierte Kommission in der oberösterreichischen Frage die Annahme einer Lösung anempfiehlt, die Polen die Bezirke zuteilt, in denen die Polen eine beträchtliche Mehrheit erzielen, nämlich Plesch, Rybnitz und Tarnowitz mit einer Anzahl durchaus polnischer Gemeinden; die hauptsächlichsten Städte aber, die eine deutsche Mehrheit aufweisen, sollen deutsch bleiben. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die Annahme dieser Kommission jedoch nicht die endgültige Entscheidung der Alliierten darstellt.

Unsaubere Methoden.

Breslau, 22. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Bund der Oberschlesier“, der für einen neutralen Kreistag Oberschlesiens eintritt, hatte an sämtliche selbständigen Gemeinden des Abstimmungsgebietes ein Rundschreiben gerichtet, das sich gegen die Teilung des Abstimmungsgebietes in einen deutschen und einen polnischen Anteil sehr ausführlich ausspricht. An verschiedener Stelle des Rundschreibens steht aber außerdem noch eine Erklärung für den neutralen Kreistag Oberschlesiens, als dessen Anhänger dieser Bund noch nicht überall bekannt ist. Eine vorgegedruckte Zustimmungserklärung, die sich in sehr allgemeinen Redewendungen bewegt, war dem Rundschreiben beigelegt.

Vermutlich ist eine Anzahl von Gemeindevorstellungen Oberschlesiens auf diesen unverständlichen Charakter des Rundschreibens hineingefallen, weil sie darin eine Erklärung für das ungeleitete Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland erblickten. In der „Breslauer Volkswacht“ erzählt heute der Verband der selbständigen Kommunalleiter Oberschlesiens eine Erklärung, die scharfsten gegen diese Art der Entscheidung von Unterschriften zur Sammlung von gefälschtem Material für die Interalliierte Kommission in Oppeln protestiert. Der Verband weist darauf hin, daß die selbständigen Kommunalleiter Oberschlesiens den neutralen Kreistag ablehnen und sich für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland unzweideutig erklärt haben.

Wirtschaft

Kaltpreisrückführungen.

Nachdem der Reichsrat am 1. Februar d. J. einen Antrag des Kalihändlers auf Preisrückführung von 50—55 Proz. abgelehnt hat, beschloß er sich in seiner Sitzung am 21. April erneut und unerwartet mit einem Antrag des Kalihändlers um Preisrückführung von 65—75 Proz. Der Antrag vereinigte die Stimmen der Industriellen, des Handels und der Angestellten auf sich. Die Arbeitervertreter wie auch die Landwirtschaft stimmten geschlossen gegen den Antrag. Nur mit Hilfe der Stimmen der Angestellten gelangte der Antrag des Syndikats zur Annahme.

Der Reichswirtschaftsminister hat von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht mit der Begründung, daß eine Kaltpreisrückführung von 65 bis 75 Proz. hinausgehe, das öffentliche Wohl gefährde. Erst danach mit einer geringeren Erhöhung der Kaltpreise, die den Absatz von Kalzium weiter vermindern und so zu neuen Stilllegungen führen muß, zu rechnen.

Eisenpreisermäßigungen. Der Kohleauschuß des Eisenwirtschaftsbundes ermäßigte die Kohlepreise teils rückwirkend ab 1. März, teils vom 1. Mai ab für die wichtigsten Sorten um 5 bis 10 Proz. Erhebliche Preisabschläge von 15 bis 45 Proz. mußten für Ferro-Silizium und Ferro-Mangan vorgenommen werden. Die bisherigen Höchstpreise für Ferro-Mangan und Ferro-Silizium wurden schon seit Monaten, um der ausländischen Konkurrenz zu begegnen, erheblich unterschritten.

Groß-Berlin

Postschaffner als Stoffdiebe.

Fliegende Händler überschwemmen in der letzten Zeit die Straßen Berlins mit Kleiderstoffen aller Art. Ein Zentrum dieses Stoffmarktes scheint neuerdings auch die Königgräber Straße zwischen dem Potsdamer und Anhalter Bahnhof geworden zu sein. Über nicht nur im alten Berlin, sondern auch in den neuen Stadtbezirken und in den Randbezirken sieht man Tag für Tag wilde Händler, die mit ganzen Ballen von Haus zu Haus gehen. Neuerdings entlarvte die Kriminalpolizei wieder drei Postangestellte als Diebe, von denen wahrscheinlich auch Straßenhändler bezogen haben. Bei ihren Beobachtungen stießen Beamte auf Stoffe, von denen sie zunächst annahmen, daß sie aus Einbrüchen in hiesige Konfektionshäuser stammten. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß diese Vermutung nicht zutraf. Jetzt beobachteten die Beamten die Fuhrwerke und sahen, wie auf offener Straße aus einem Postauto, das der Aushilfschauffeur Otto Beyer aus Alt-Neudamm 73 führte, Stoffballen auf einen Handwagen übergeladen und mit diesem weggeschafft wurden. Runneke war die Spur gefunden; sie führte nach dem Postamt, auf dem Beyer beschäftigt war. Hier wurden durch unauffällige Beobachtungen nun auch die eigentlichen Diebe ermittelt. Es waren die Postschaffner Gustav Blansche und Johann Stürmer. Alle drei wurden verhaftet.

Erweiterung des Vorortverkehrs.

Schon seit längerer Zeit schweben Verhandlungen über die Erweiterung des Vorortverkehrs um Berlin. Diese Verhandlungen sind nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt. Hierüber wird von der Eisenbahndirektion Berlin mitgeteilt: Vom 1. Juni d. J. ab, gleichzeitig mit der Neuordnung des Tarifs für den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr werden die Strecken Wannsee-Beelitz (Heilstätten) und Spandau-Wustermark, auf denen die baulichen Anlagen und betrieblichen Einrichtungen für die Aufnahme eines Vorortverkehrs bereits vorhanden sind, in den Berliner Vorortverkehr einbezogen. Den weiteren Wünschen auf Ausdehnung des Vorortverkehrs konnte nicht Folge gegeben werden, weil die baulichen und betrieblichen Aufwendungen zusammen mit den mit der Fahrpreisverbilligung unermesslich verbundenen Einnahmeausfällen so bedeutend sein würden, daß die Eisenbahnerverwaltung unter den jetzigen Umständen und außerordentlich ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen nicht in der Lage ist, diese neuen Ausfälle und Kosten zu übernehmen. — So erfreut die Anlieger der genannten beiden Strecken sein werden, so groß wird die Enttäuschung und Enttäuschung bei den Anliegern der Anhalter Bahn sein, die, wie hier bereits berichtet, vor einigen Tagen in einen Proteststreik eingetreten sind, der zu einem Boykott der höheren Wagenklassen geführt hat. Die außerordentlich starke Besetzung an der Strecke südlich Lichterfelde-Ost über Trebbin bis nach Ludowicke hat bereits lange vor dem Krieg zu erheblicher Agitation auf Ausdehnung des Vorortverkehrs geführt. Damals erfuhr die staunende Öffentlichkeit, daß die Ausdehnung nicht möglich sei, weil die Strecke südlich Lichterfelde-Ost bereits zum Eisenbahndirektionsbezirk Halle gehöre. Hoffentlich ist es nicht etwa auch heute noch die Eisenbahndirektion Halle, die sich gegen die Erweiterung des Berliner Vorortverkehrs sträubt.

Kauf aller Postwertzeichen. Infolge der am 1. April in Kraft getretenen neuen Postgebührensätze ergeben sich aus dem Gebiete der Postwertzeichen verschiedene Veränderungen. Es müssen einige neue Markenwerte, und zwar solche zu 15, 25 Pf., 1, 20, 1, 50, 3, 10 und 20 Mark eingeführt werden. Bei den vorhandenen Markenwerten sind fast durchweg Veränderungen in dem Bedarf eingetreten. Die Postverwaltung hat wegen ausgiebiger Herstellung der Markenwerte, die nach den jetzigen Gebührensätzen hauptsächlich benötigt werden, so frühzeitig, als die Beratschlagung der Gebührensätze vorliegen im Reichstag, Sorge getragen; sie wird auch die Herausgabe der erforderlichen neuen Marken tunlichst beschleunigen. Es müssen aber die vorhandenen Vorräte an Postwertzeichen der anderen Werte, schon aus wirtschaftlichen Gründen, aufgebracht werden. Bis die neuen Marken nach den Mustern des Fremdenverkehrs erschienen sind. Die Postanstalten sind daher angewiesen worden, beim Verkauf der Postwertzeichen, namentlich wenn es sich um kleinere Mengen handelt, auch solche der jetzt weniger gangbaren Werte mit abzugeben.

Wo ist „mein“ Finanzamt? Diese Frage hat in den letzten Wochen sich mancher Steuerpflichtige vorgelegt. Bis zum 30. April müssen die Einkommensteuererklärungen abgegeben sein, sonst wird man in eine Ordnungsgeldstrafe genommen. Wer das Formular zur Steuererklärung nicht zugefunden erhält, obwohl er Steuererklärungspflichtig ist, der soll es selber bei dem zuständigen Finanzamt abholen. Aber weiß denn jeder bei der Zusendung Uebergehens, wo „sein“ Finanzamt ist? Hat die Finanzverwaltung des Staates dafür Sorge getragen, daß jeder sich leicht darüber unterrichten kann? Wir haben nichts davon bemerkt.

Sehr unangenehm kann übrigens die Abholung eines Steuererklärungsformulars in Vororten werden. So ein Ort ist manchmal dem Finanzamt eines Nachbarortes zugeteilt, mit dem er durch sein Verkehrsmittel verbunden ist. Rudow, das Straßenbahnverbindung mit Neudamm hat, ist vom Finanzministerium dem Finanzamt Mariendorf zugeteilt worden. Wenn ein Rudower „sein“ Finanzamt aufsuchen und sich dort ein Formular holen will, muß er erst umständliche, zeitraubende und kostspielige Fahrten bei mehrmaligem Umsteigen machen. Auch sonst kann ein Steuerpflichtiger genötigt sein, einer Auskunft wegen sich auf das Finanzamt zu begeben. Daß eine andere Abgrenzung der Finanzbezirke Groß-Berlins „ermöglicht“ wird, damit ist einwilligen keinem Rudower geholfen.

Bezirk 17. Die nächste Bezirksversammlungsjahres der 17. Bezirks findet am Mittwoch, den 27. April, nachmittags 5 Uhr, im Lichterberger Rathaus statt. Laut Tagesordnung ist die Einführung des freistehenden Bürgermeisters Turm und des besoldeten Stadtrats Dr. Gräßner in dieser Sitzung vorgesehen. — Die Mitglieder des Wahlkreises sind zu einer Sitzung am selben Tage nachmittags 4 1/2 Uhr nach Zimmer 36 des Rathauses einberufen worden. Der Ausschuß wird sich u. a. mit der Verabschiedung der Vorschlagsliste für die Bildung der Bezirksdeputationen und Ausschüsse beschäftigen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Tod Sorraioni-Gastspiel im Circus Fuchs hat neben den bewährten alten Nummern seinem Programm einige neue beifügt, die gleich zugängliche sind. Zunächst tritt Direktor Hans Stosch-Sorraioni, von längerer Krankheit genesen, mit seinen prächtigen, bisweilen dreifachen Solisten wieder auf. Eine hervorragende Stellung ist auch Oskarbergers Freizeitspieler von 18 Jahren. Großer Stückenreiz die mysteriöse Regel hervor, die sie selbst eine tolle Extrale hinaus- und hindurchläßt und aus deren Innern schließlich ein Akt ausläßt. Die aufgeregten Schreie tragen zwei Schwestern-Leder, die als Stummstummenspiel den selber „Katholik“. Ein Korb und über 8 Pferde ist gleichfalls neu. Der Beschluß macht das große Schauspiel „Bräut und Puzza“ mit seinen vorzüglichen Reiz, Lasso- und Wasserwerkspielen.

Dr. Helene Stöcker spricht heute, Freitag, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses in öffentlicher Versammlung über: Welche Gründe hat die Internationale Konvention der konsequenten Vegetarier in Dänemark, sowie der Internationale Antimilitaristische Kongress im Haag in Holland gestellt?

Die Verlesung der Beschlüsse des Bezirksamtes 17 in Köpenick, Frankfurt a. M. 27, hat die Verkaufsstellen wie folgt festgelegt: Mittwoch und Sonnabends von 8—1 und 4—8 Uhr, an den übrigen Wochentagen von

8—3 Uhr. Vom 23. April an werden folgende Warenarten zu verabschiedeten Preisen zum Verkauf gelangen: Wännen, Nähnagel- und Anabenanlagen, Anabemwachsanlagen, Wälderhappen, Sommermäntel, Röcke, Blusen, Wännenunterhosen, Strümpfe, Mädchenkleider, Schürzen usw.

Die Geschäftsräume des Finanzamtes IX, Greifswalder Straße, umfassen die Stadtblöcke 182—188 und 190—197, sowie die Anlage 9 (im Alexander-Park) befinden sich vom 28. April 1921 ab Berlin O 25, Alexanderplatz 46/48, II. Stad. Während des Umzuges vom 28.—27. April bleiben die Bureaus für das Publikum geschlossen.

Die städtische Anstalts- und Geschworenenkammer Neudamm ist nun ihren bisherigen im alten Rathaus belegenen Geschäftsräumen nach Zimmer 148 im ersten Stockwerk des neuen Rathauses verlegt worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neudamm, 22. April. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, bei Hoff-Kaiser-Festlich, Ecke Kolonnenstraße, wichtige Funktionärsversammlung und Wählung. Erhalten dringend notwendig.

Sport.

Rennen in Karlshorst.

Trotz des Regenwetters war guter Besuch zu verzeichnen. Sportlich verlief die Veranstaltung befriedigend.

I. Preis von Königsberg. Hürdenrennen, Verdingstrecken 16 (00 R. 3000 Meter. 1. Van Deman (Nihan), 2. Karabel (Karl), 3. Gibel (Tob), 4. Vava (H. Remid). Tot: 58:10, Pl.: 16, 14, 15:10, 10. 2.—7.—4. II. Preis vom Ziegenweide. Jagdrennen, Verdingstrecken, Ausgelaß. Ehrenpreis und 1600 R. 3800 Meter. 1. Charles Cousin (A. Pelzer), 2. Barbar (G. Bed), 3. Fulvia (A. Pelzer), 4. G. (Tschmann). Tot: 21:10, Pl.: 12, 12:10, 2.—7. III. Preis von Jagdrennen. 18000 R. 3400 Meter. 1. Karval (H. Remid), 2. Orkus (H. Tschmann), 3. Sieg (Thales), 4. Signorini (Buchholz). Tot: 21:10, Pl.: 22, 13:10. — IV. Hürdenrennen der Vierjährigen. 3000 R. 3000 Meter. 1. Landvogt (Nabi), 2. Galeere (Stian), 3. Rothmeise (H. Remid). Tot: 42:10, Pl.: 22, 22:10. — V. Preis von Saarow. Jagdrennen, Verdingstrecken, Ehrenpreis und 3000 R. 3000 Meter. 1. G. (A. Pelzer), 2. G. (A. Pelzer), 3. Feuerbach (A. Pelzer). Tot: 21:10, Pl.: 12, 12:10. — VI. Wilmersdorfer Jagdrennen. 16000 R. 3400 Meter. 1. Kur (Johnson), 2. Blücher (A. Pelzer), 3. G. (A. Pelzer). Tot: 43:10, Pl.: 14, 18, 22:10. — VII. Preis von Friedrichsfelde. 16000 R. 3400 Meter. 1. Heiligkeit (Grill), 2. Trompete II (Wah), 3. Bedra (Ruhles). Tot: 29:10, Pl.: 17, 103, 25:10.

Gewerkschaftsbewegung

Mehr Unfallschutz!

Für diese Forderung demonstrierte eine Versammlung der Maschinenarbeiter und Säger der Holzindustrie am Donnerstag in den „Andreas-Festhallen“. Von der Fülle der Gefahren, denen gerade diese Arbeiter besonders stark ausgesetzt sind, zeugte die photographische Ausstellung der klagenden Hände, die in einem Vorraum untergebracht war. Auch die Lichtbilder, durch die der Vortrag des Referenten Thielmann illustriert wurde, zeigten — neben einer anschaulichen Darstellung der Entwicklung der Holzbearbeitung — bereits Zeugnis ab von den Gefahren des Schlagschlags der Arbeit, die in ihrer ganzen Schrecklichkeit von Ungelehrten immer noch nicht genügend gewürdigt werden. Das Bild wurde vervollständigt durch die authentischen grauenhaften Zahlen der Verletzungen und Tötungen durch Betriebsunfälle, die der Referent anführte. Einsehend schilderte er den seit vielen Jahren namentlich von den Arbeitern an Holzbearbeitungsmaschinen geführten Kampf um Verbesserung des Arbeiterschutzes. Ihre letzte, gemeinsam mit dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes an die Nationalversammlung gerichtete Denkschrift hatte den Erfolg, daß das Arbeitsministerium beauftragt wurde, eine Verordnung zum verbesserten Schutz gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung herauszubringen, die im Gegensatz zu den Unfallversicherungsbestimmungen der Berufsgenossenschaft zwingendes Recht schaffen soll. Jetzt, nachdem der Entwurf vorliegt, lauten die Unternehmer dagegen Sturm. Sie reden von großer finanzieller Belastung. Auch die Berufsgenossenschaft hat gegen die Verordnung Stellung genommen. Was sie zur Regelung des Schutzes vorschlägt, ist aber nach den Ausführungen des Referenten lange nicht ausreichend, der den Verarmten im Gegensatz dazu die Vorschriften der neuen Verordnung darlegt und ihre weitreichende Bedeutung zeugt.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die verarmten Sägemüller, Maschinen-, Holz- und Hilfsarbeiter sind durchdrungen von der festen Ueberzeugung, daß die schweren Gefahren für Leben und Gesundheit, denen sie täglich bei der Berufsarbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen ausgesetzt sind, durch geeignete Schutzmaßnahmen wesentlich herabgemindert werden können. Die große Zahl der Unfälle kann vermindert werden, wenn die Bestimmungen der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums betreffend § 120c der Gewerbeordnung in Anwendung gebracht werden. Die Nationalversammlung ist ersucht, über das schmerzliche Verharren der Unternehmer, die in ihrer Profitgier vom kapitalistischen Standpunkt aus die Verordnung bekämpfen, die ihnen eventuell eilige Unkosten auferlegt. Die Nationalversammlung verlangt, daß die Bestimmungen zwingend erlassen werden. Die Nationalversammlung fordert ferner nachdrücklich, daß zu Betriebsrevisionen Kontrollbeamte aus den Kreisen der Arbeiter entnommen werden, die praktische Erfahrungen in der Holzbearbeitung hinter sich haben. Um gemeinsam den Kampf führen zu können, fordert die Nationalversammlung jeden Unorganisierten auf, Mitglied der Organisation zu werden.“

Ferner wurde noch eine Protestresolution gegen die Ausnahmegerichte angenommen.

Der Wahlkampf im Buchbinderverband.

Morgen finden die Wahlen der Angestellten von 12 bis 5 Uhr in den bekanntgegebenen 16 Wahllokalen statt. Leider ist es durch die Schuld des U.S.P.-Aktionsausschusses zu keiner Einheitsliste gegen die Kommunisten gekommen, da der U.S.P.-Ausschuß unter allen Umständen die beiden kommunistischen Vorherrscher halten wollte. Viele Mitglieder der U.S.P.-Leute, die sich auch Gegner der Moskowitzer nennen, konnten wir natürlich nicht mitmachen. Wir sind daher gezwungen, nunmehr allein den Kampf mit den Moskowitzern und ihren Hilstruppen aufzunehmen. Aber wir sind überzeugt, daß auch sehr viele U.S.P.-Mitglieder mit dieser unverantwortlichen Haltung ihres Aktionsausschusses nicht einverstanden sein werden und die Kommunistenführer nicht wieder wählen. Für uns erwächst jedoch aus dem getrennten Vorgehen die doppelte Pflicht, in den Betrieben dafür zu agitieren, daß alle Mitglieder sich an der Wahl beteiligen und nur unserer Liste die Stimme geben, die nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen aufgestellt ist. Nur bei der Wahl dieser Liste können wir hoffen, daß wieder gesunde Zustände in unserer Parteistelle geschaffen werden. Denn die bisherigen kommunistischen Führer haben nichts als Uneinigkeit und Streit in unsere Parteistelle hineingetragen.

Wer also von unseren Angestellten praktische Gewerkschaftsarbeit erwartet und sich nicht mit kommunistischer Phrasendrescherei und Revolutionsspielerei einverstanden erklärt, der gebe morgen seine Stimme unseren Kandidaten, der wolle Würzberger, Henning, Pflonst, Koferschlaf usw., wie wir sie auf unsern Plakaten und Handzetteln vor den Wahllokalen bekannt geben.

Der Aktionsausschuß.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg.

Ausnahme-Angebot!

2 Waggon Steingut

zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

ca. 3000 Stück

Waschschüsseln u. Garnituren

| | |
|----------------------------------------------------|---------------------------------------|
| Waschschüsseln gross, creme | 12 ⁷⁵ bis 19 ⁷⁵ |
| Wasserkrüge gross, creme | 12 ⁷⁵ bis 19 ⁷⁵ |
| Nachtgeschirre creme | 5 ⁹⁰ |
| Nachtgeschirre weiss | 4 ⁹⁵ |
| Waschgarnituren 5teilig grosse Schüsseln | 49 ⁰⁰ |
| Waschgarnituren 5teilig mit Goldrand | 79 ⁰⁰ |
| Salz- und Mehlresten | 7 ⁵⁰ |
| Seifenschalen bunt 45 Pl., weiss | 1 ⁹⁵ |

ca. 15000 Stück

Teller

| | |
|--------------------------------------------|-----------------|
| Speiseteller glatt, weiss | 1 ²⁵ |
| Speiseteller gerippt, weiss | 1 ⁶⁵ |
| Speiseteller Zwiebelmuster | 2 ⁷⁵ |
| Speiseteller mit Blumenkante | 3 ²⁵ |
| Frühstücksteller glatt | 1 ¹⁰ |
| Frühstücksteller gerippt | 1 ⁴⁵ |
| Frühstücksteller mit Blumenkante | 2 ⁷⁵ |
| Wandteller Handmalerei | 6 ⁹⁵ |

ca. 5000 Stück

Kaffeetassen u. Küchengeschirre

| | |
|-----------------------------------------------|--------------------------------------|
| Kaffeetassen mit Untertassen weiss | 1 ⁹⁵ |
| Kaffeetassen mit Untertassen bunt | 2 ⁷⁵ |
| Milchtöpfe weiss | 4 ⁵⁰ bis 9 ⁷⁵ |
| Satz Schüsseln weiss, 6 Stück | 14 ⁷⁵ |
| Gemüseschüsseln weiss | 3 ²⁵ bis 11 ⁴⁵ |
| Küchegarnituren 16teilig | 98 ⁰⁰ |
| Vorratsbüchsen 6 Aufschriften Stück | 4 ⁷⁵ |
| Teebüchsen Delftmuster | 3 ⁷⁵ |

H. Joseph & Co, Neukölln, Berliner Str. 51-55

Neu eröffnet!

Kowa-Schuh

Prinzenstraße 79 nahe Moritzplatz neben Café Nagler



WIR SIND LEISTUNGSFÄHIG:

| | |
|---------------------------------------------------|-------------------|
| Damen-Hochsch.-Stiefel fl. Oberleder m. Lackkappe | 79 ⁰⁰ |
| Damen-Halbschuhe fl. Oberleder m. Lackkappe | 88 ⁰⁰ |
| Damen-Halbschuhe braun Chievreaux | 148 ⁰⁰ |
| Herren-Schnürstiefel sehr haltbar, mod. Form | 99 ⁵⁰ |

Gardinen Spezial-Verkauf Ihre Damen- und Herrenhüte werden in bekannter tadelloser Ausführung nach den neuesten Modellen umgenäht und umgepreßt. Neue Hüteformen zu Fabrikpreisen nur in der Spezialarbeit.

Georg Erdmann, Stroh- und Filzhutfabrik
Schönhauser Allee 116
Telefon: Reinickendorfer Str. 22, Reinickendorf, Hermannstr. 50-57

Franz Funck, Neukölln, Böhmische Str. 10

Gardinen!

Sonderangebote und Gelegenheitskäufe Resten in Resten Stores, Bettdecken Madras- und Künstler-Gardinen Spezial-Gardinenwerkst. Neukölln, Bergstr. 67 am Hauptbahnhof

Preiswert und gut kauft man Damen- u. Herren-Stoffe im Tuchhaus M. E. FREITAG Berlin, Molkenmarkt 14/15
Homespuns und Schläpfer, die große Mode Anzug- und Covercoatstoffe von M 35 bis M 200

Jung hübsch und schick sind Sie in einem Hut aus Ecksteins Hutfabrik invalidenstr. 35, Ecke Chausseestr., 1 Treppe. Elegante Modelle, Hütförmchen, Schieber, Borten sowie sämtl. Zutaten. Hüte werden nach neuesten Formen in bekanntester Ausführung umgepreßt.

Wer jetzt kauft kauft billig!

Möbel

aus erstklassigen Fabriken zu außergewöhnlich billigen Preisen zu kaufen und sofortige solange Vorrat reicht

Speisezimmer eiche, kompl. 2000,-
Schlafzimmer eiche, kompl. mit eich. Karmen 3750,-
Herrenzimmer eiche 100 cm breiter Schrank kompl., mit eich. Lederhülsen 4050,-
Räumen modern lackiert, sehr haltbar 350,-
Neugebauer Charlottenburg Wilmersdorfer Str. 126, 1 Ecke Schillerstr. Stein Laden

Gelegenheitskauf! Nur solange Vorrat

Aktenmappen prima Vollrindleder Mk. 119⁷⁵

Beachten Sie unsere bedeutend vergrößerte Reiseartikel-Abteilung

UNION - BAZAR Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 54

Arbeitskleidung **Hosen** von 45,- bis 225,- M Hemden, Unterhosen, Socken Berufskleidung Gute Ware! Billigste Preise! **Gerh. Köhnen** Neukölln, Hermannstr. 76/77

Ausnahme-Angebot!

Nur solange Vorrat reicht!

Beachten unsere Schaufenster!

EMAILLE

| | | | |
|-----------------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------------------|----------------------------------|
| Eimer | 16 ⁷⁵ 14 ⁵⁰ | Löffelblech Delft mit 4 Löffeln | 66 ⁰⁰ |
| Kasserollen | 4 ⁹⁵ 3 ²⁵ | Konsole im Maß, weiss | 12 ⁰⁰ |
| Fleischtopf mit Deckel, 20 cm | 17 ⁵⁰ | Waschbecken mit Seifennapf | 11 ⁰⁰ |
| Wasserkessel für Gas | 15 ⁷⁵ | Teller tief und flach, 72 cm | 2 ⁹⁵ |
| Wasserkessel mit Sack | 19 ⁵⁰ | Schöpf- und Schaumlöffel | 2 ⁹⁵ |
| Schüssel 32 cm, weiss | 9 ⁷⁵ | Kaffeekanne ca. 2 Ltr. Inhalt | 11 ²⁵ |
| Nachtgeschirre | 9 ⁰⁰ | Kasserolle mit Ring | 12 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ |

PORZELLAN

| | | | |
|-------------------------------------------------------------------|-------------------|--------------------------------------------|-------------------|
| Teller, Feston, tief u. flach, gute Ware | 5 ⁷⁵ | Obertasse groß | 1 ³⁵ |
| Teller, Feston, mit Goldrand, tief und flach, gute Ware | 8 ⁵⁰ | Kaffeetasse groß, Perlmutt Decor | 1 ⁹⁵ |
| Frühstücksservice 5teilig | 23 ⁵⁰ | Schüssel zirka 23 cm bunt | 3 ⁹⁵ |
| Teller tief und flach, mit kl. Fehlern | 2 ⁹⁵ | Eierbecher Delft | 0 ⁹⁵ |
| Kaffeeservice 9teil., hübsche Decore | 65 ⁰⁰ | Milchtöpfe zirka 1 Liter | 5 ⁷⁵ |
| Kaffeeservice 15teil., für 12 Personen | 125 ⁰⁰ | Frühstücksteller mit Rand | 4 ⁹⁵ |
| Tasse mit Untertasse, blauer Rand | 3 ⁹⁵ | Tonnengarnitur 22teilig, Delft | 210 ⁰⁰ |

Kompotteller Diamantmuster. 95 Pl.

Aluminiumtöpfe mit Deckel, Satz 5 Stück, 16-24 cm 124⁵⁰

Kompottschüssel Diamantmuster. 75 Pl.

Walter Michelson G. m. b. H. Neukölln Bergstr. 44/45
gegenüber dem Hohenzollernplatz